

Beschluss des 65. Bundeskongresses der Europa-Union
vom 09.10.2022

Demokratie und Rechtsstaat in ganz Europa verteidigen – Keine Normalisierung von Rechtsextremisten in Regierungen

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt, wie wertvoll und zukunftsweisend eine handlungsfähige EU ist. Auf europäischer Ebene und in allen Mitgliedstaaten braucht es ein breites Bündnis der demokratischen und pro-europäischen Kräfte, die angesichts der Herausforderungen durch totalitäre Systeme die EU von innen heraus stark machen. Nicht populistische oder extremistische Parolen und ein Rückzug ins Nationale sind die Antwort, sondern ein föderales und demokratisches Europa. Vor diesem Hintergrund zeigt sich die überparteiliche Europa-Union besorgt über die jüngsten Wahlerfolge rechtsextremer Parteien in Italien und Schweden. Die europäischen Parteifamilien haben nun die Aufgabe, zu verhindern, dass extremistische Kräfte die EU von innen heraus schwächen.

Die überparteiliche Europa-Union fordert alle pro-europäischen Parteien auf:

- als Brandmauer gegen Populisten und Extremisten in keine Regierung einzutreten, die von populistischen bzw. extremistischen Parteien abhängig ist oder sogar geführt wird,
- stattdessen untereinander grundsätzlich gesprächs- und koalitionsbereit zu sein,
- nur in Regierungen einzutreten, die die Europäische Rechtsordnung inklusive des Vorrangs von Unionsrecht anerkennen, Grund- und Minderheitenrechte sowie den Rechtsstaat verteidigen.

Die Europa-Union fordert die EU-Institutionen auf,

- alle Möglichkeiten zu nutzen, die Demokratie und den Rechtsstaat in der ganzen Europäischen Union zu verteidigen, also beispielsweise den Konditionalitätsmechanismus für finanzielle Sanktionen zu nutzen, wo der Rechtsstaat angegriffen wird, und konsequent weiter zu entwickeln.